

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.06.2016
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 15/SVV/0743
Fraktion DIE LINKE
 - 3.2 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West
Vorlage: 15/SVV/0891
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung
Vorlage: 16/SVV/0122
Fraktion DIE LINKE
 - 3.4 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
 - 3.5 Freie Fahrt für Kindergartenkinder
Vorlage: 16/SVV/0321
Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Rechenzentrum
Vorlage: 16/SVV/0322
Fraktion DIE LINKE
 - 3.7 Zeitplan Öffnung Park am Pfingstberg
Vorlage: 16/SVV/0326
Fraktion DIE LINKE
 - 3.8 Dach- und Fassadenbegrünung, eine "Gründachstrategie" für die
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0330
Fraktion DIE LINKE
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Bericht - Demokratiedenkmal auf dem Luisenplatz
gemäß Beschluss: 15/SVV/0773
- 4.2 RWK Landeshauptstadt Potsdam - Statusbericht April 2016
Vorlage: 16/SVV/0305
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.06.2016

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister auf Bitte der Fraktion DIE LINKE vor, die Stellungnahme zum Antrag auf Einberufung einer Einwohnerversammlung unter dem Punkt „Sonstiges“ zu thematisieren. Die um diesen Punkt erweiterte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Gegen das beantragte **Rederecht** für Frau Roth vom Planungsbüro Lützwow zum Tagesordnungspunkt 4.1 – Demokratiedenkmal – erhebt sich kein Widerspruch.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 40. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2016 wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Soziale Arbeit mit Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 15/SVV/0743 Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf das vorliegende Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion und die einstimmige Empfehlung, einer neuen Fassung mit folgendem Wortlaut zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird diese Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Oberbürgermeister bei der Zielsetzung auf der Grundlage der Ergebnisse des 1. Fachtages für Integration der Landeshauptstadt Potsdam, in Abstimmung mit den Trägern für Integrationsarbeit, den künftigen Integrationslotsen und den ehrenamtlich tätigen Flüchtlingsinitiativen aufeinander abgestimmte Hilfsangebote und individuelle Handlungsleitfäden für Flüchtlinge zu erarbeiten.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand der Arbeit zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 3.2 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West

Vorlage: 15/SVV/0891

Fraktion DIE LINKE

Hierzu, so der Oberbürgermeister, empfehlen der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie der Ausschuss für Finanzen folgender neuen Fassung zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der Scholle 34 (Stopp des weiteren Verfall und Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34) zu einem öffentlich genutzten Nachbarschafts- und Begegnungshauses mit Familienzentrum. Sie begrüßt die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West und unterstützt es bei seinem weiteren Vorgehen.

Frau Dr. Schröter betont namens der Fraktion DIE LINKE, dass die jetzt empfohlene Textfassung weit hinter den Intentionen des ursprünglichen Beschlussvorschlages zurückbleibe. Ihre Anregung, beide Textteile zu verbinden, habe im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft keine Mehrheit gefunden.

Die von den Ausschüssen empfohlene Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Ziel der weiteren Entwicklung der Scholle 34 (Stopp des weiteren Verfall und Wiedernutzbarmachung der Immobilie der früheren Gaststätte „Charlottenhof“ in der Geschwister-Scholl-Straße 34) zu einem öffentlich genutzten Nachbarschafts- und Begegnungshaus mit Familienzentrum. Sie begrüßt die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West und unterstützt es bei seinem weiteren Vorgehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	12
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.3 Erweiterung der Verantwortung der STEP für die Abfallentsorgung

Vorlage: 16/SVV/0122

Fraktion DIE LINKE

Die Ausschüsse für Finanzen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfehlen, diesen Antrag abzulehnen. Auf den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg, dass es mit der vorgelegten neuen Fassung darum gehe, die Verantwortung der STEP bei der Abfallentsorgung zu erweitern, um u. a. mögliche Synergien zu erschließen, verweist Frau Müller-Preinesberger auf die klaren Organisationsstrukturen im Unternehmen. Damit könne dem Anliegen nicht entsprochen und sollte mit der Prüfung keine zusätzliche Arbeit erzeugt werden.

Der Antrag wird in der Fassung vom 03.05.2016 zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, in welchem Umfang die Verantwortung der STEP bei der Abfallentsorgung erweitert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, inwieweit die STEP die Öffentlichkeitsarbeit, die Informationen an die Haushalte und die Erhebung und Einziehung der Abfallgebühren auf der Grundlage der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Satzung wahrnehmen kann. Die Stadtverordnetenversammlung ist bis Juni 2016 über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	4

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 3.4 Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0275

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Eingangs informiert Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Wirtschaft,

Kommunikation und Beteiligung, über den gegenwärtigen Sachstand und zu den Beteiligungen der Ortsbeiräte. Der vorliegende Entwurf sei in den Ausschüssen diskutiert und mit den Änderungswünschen der Fraktionen DIE LINKE, CDU/ANW und Bündnis 90/Die Grünen im Lenkungsgremium abschließend beraten worden. Leider sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Beratung des Lenkungsgremiums nicht anwesend gewesen, so dass das Gremium dem Vorschlag der Projektgruppe gefolgt sei. Im Weiteren haben die Ortsbeiräte Golm, Fahrland und Uetz-Paaren dazu keine Stellungnahme abgegeben – entweder habe keine Sitzung des Ortsbeirates stattgefunden oder wurde davon ausgegangen, dass erst nach dem Lenkungsgremium die modifizierte Fassung zu beraten sei.

Anschließend nimmt Herr Schüler zum Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung und beantragt die Aufnahme weiterer Ergänzungen in die im Lenkungsgremium abgestimmte Fassung.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es im vereinbarten Verfahren genau darum ging, die Diskussion einzelner Änderungsvorschläge in den Gremien zu vermeiden und deshalb die Endredaktion im Lenkungsgremium vorzunehmen. Ebenso spricht sich Herr Dr. Scharfenberg gegen eine Diskussion weiterer Änderungen aus. Seine Fraktion sei nicht bereit, weitere Ergänzungen „hineinzuschieben“ – alle Fraktionen hätten Kompromisse eingehen müssen. Wenn das gewollt sei, müsse die Beschlussvorlage zurückgestellt und im Lenkungsgremium neu diskutiert werden.

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Beschlussvorlage **zurückzustellen** und die Änderungswünsche der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Lenkungsgremium zu diskutieren sowie die fehlenden Beratungen in den Ortsbeiräten nachzuholen, wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Er richtet abschließend den Appell an alle, sich der eigenen Verantwortung bewusst zu sein; der Bürger könne von der Politik erwarten, dass dieser Prozess mit entsprechenden Ergebnissen zu Ende geführt werde.

zu 3.5 Freie Fahrt für Kindergartenkinder
Vorlage: 16/SVV/0321
Fraktion DIE LINKE

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung, erläutert, dass Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr kostenfrei die Linien der Verkehrsbetriebe in Potsdam nutzen können und das Unternehmen alles dafür tue, diesen Grundsatz auch bei Kindergartengruppen anzuwenden, in denen einzelne Kinder älter als 6 Jahre sind. Da dies aber nicht für den VBB, sondern nur für die Verkehrsbetriebe gelten könne, machen die im Antrag geforderten Gespräche keinen Sinn.

Frau Dr. Müller gibt zu bedenken, dass diese Thematik von Erzieherinnen und Kitaleiterinnen an die Fraktionen herangetragen worden sei, so dass sie vermute, diese Verfahrensweise sei nicht umfänglich bekannt.

Im Ergebnis der Diskussion wird folgender Beschlusstext zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~Gespräche mit dem VBB aufzunehmen,~~ mit dem Ziel **dafür Sorge zu tragen**, dass möglichst mit dem neuen Kindergartenjahr 2016/2017 Kinder bei gemeinsamen Gruppenausflügen ihrer Kita bis zum Schuleintritt kostenlos fahren dürfen.

Die Kitas sind darüber zu informieren.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juli **September** 2016 über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6

Rechenzentrum
Vorlage: 16/SVV/0322
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegenden Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und schlägt vor, der Fassung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu folgen und auf eine weitere Beratung im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu verzichten, der diesen Antrag zurückgestellt hat.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Funktionstüchtigkeit des Rechenzentrums im Rahmen der temporären Nutzung für die Kreativwirtschaft gesichert werden kann. Ziel ist es, diejenige Nutzungsdauer zu definieren, die Planung und Finanzierung von Instandhaltungsmaßnahmen aus dem laufenden Betrieb kalkulierbar werden lässt.

Es sind Gespräche mit der Stiftung Garnisonkirche zu führen, mit dem Ziel, eine Vereinbarung über den Zeitrahmen zu treffen, der die Option zur etappenweisen Verlängerung umfasst.

Bis Ende 2016 ist der Stadtverordnetenversammlung darüber Bericht zu erstatten.

Parallel wird der Oberbürgermeister beauftragt, bis Ende 2016 einen Bericht zum aktuellen Stand der Entwicklung der Nachnutzung des Standorts Garde-Husaren-Kaserne vorzulegen. Ebenso soll bei der Vermarktung des Grundstückes Langer Stall ein entsprechender kultur- und kreativwirtschaftlicher Nutzungsmix ermöglicht werden.

Dazu ist halbjährlich im Hauptausschuss Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: **15**
Ablehnung: **0**

Stimmhaltung: 2

zu 3.7 Zeitplan Öffnung Park am Pfingstberg
Vorlage: 16/SVV/0326
Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist auf die vorliegende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Auf seine Nachfrage bestätigt Herr Dr. Scharfenberg die Terminänderung von Juli auf November 2016 und verbindet damit die Erwartung, zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtablaufplanung zu erhalten.

Der Oberbürgermeister stellt die Änderungen einzeln zur

Abstimmung:

Die vorgeschlagene Terminänderung wird mit 16 Ja-Stimmen, bei einer Stimmhaltung angenommen.

Abstimmung:

Die vorgeschlagene Streichung des 2. Satz wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und 2 Stimmhaltungen angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im Juli **November** 2016 einen Zeitplan zur schrittweisen Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit des Parks am Pfingstberg vorzulegen.

~~Ziel ist es, im nächsten Jahr in einem ersten Schritt das Areal wieder für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 16
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 1

zu 3.8 Dach- und Fassadenbegrünung, eine "Gründachstrategie" für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0330
Fraktion DIE LINKE

Sowohl der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung als auch der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfehlen der Vorlage mit folgender Ergänzung zuzustimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Liegenschaften des städtischen Wohnungsunternehmens schrittweise mit Dach- und Fassadenbegrünung ausgestattet werden können.

Dazu ist in Kooperation mit dem kommunalen Unternehmen ein Strategieplan zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung bis zum März 2017 vorzustellen.

Im Strategieplan sind auch die Wohngebäude sowie Nichtwohngebäude, die sich in städtischem Eigentum befinden, mit in die Prüfung einzubeziehen sowie Vorschläge und Fördermöglichkeiten aus dem ‚Leitfaden Dachbegrünung für Kommunen‘ zu berücksichtigen.

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, bei der Erstellung des Masterplans 100 % Klimaschutz auch untersuchen zu lassen, ob und ggf. mit welchen Fördermaßnahmen begrünte Dächer und Fassaden insbesondere auf der Ebene des Quartiers, sinnvoll und notwendig sein können, die langfristigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele der Landeshauptstadt Potsdam zu unterstützen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt darüber hinaus den folgenden Satz anfügen:

Der Arbeitskreis Stadts Spuren ist über das Ergebnis zu informieren.

Die von den Ausschüssen empfohlene geänderte Fassung, einschließlich der Ergänzung des Satzes aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sowohl der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung als auch der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfehlen der Vorlage mit folgender Ergänzung zuzustimmen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Liegenschaften des städtischen Wohnungsunternehmens schrittweise mit Dach- und Fassadenbegrünung ausgestattet werden können.

Dazu ist in Kooperation mit dem kommunalen Unternehmen ein Strategieplan zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung bis zum März 2017 vorzustellen.

Im Strategieplan sind auch die Wohngebäude sowie Nichtwohngebäude, die sich in städtischem Eigentum befinden, mit in die Prüfung einzubeziehen sowie Vorschläge und Fördermöglichkeiten aus dem ‚Leitfaden Dachbegrünung für Kommunen‘ zu berücksichtigen.

Der Oberbürgermeister wird weiter beauftragt, bei der Erstellung des Masterplans 100 % Klimaschutz auch untersuchen zu lassen, ob und ggf. mit welchen Fördermaßnahmen begrünte Dächer und Fassaden insbesondere auf der Ebene des Quartiers, sinnvoll und notwendig sein können, die langfristigen Klimaschutz- und Klimaanpassungsziele der Landeshauptstadt Potsdam zu unterstützen.

Der Arbeitskreis Stadts Spuren ist über das Ergebnis zu informieren

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	1

Stimmhaltung: 2

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Bericht - Demokratiedenkmal auf dem Luisenplatz gemäß Beschluss: 15/SVV/0773**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Büloff, Beauftragter für Erinnerungskultur in der Landeshauptstadt Potsdam. Frau Roth vom Planungsbüro Lützwow 7 ist nicht anwesend.

Herr Büloff stellt den Sachstand der Prüfung für einen Erinnerungsort auf dem Luisenplatz dar, auf dem am 4. November 1989 die größte Demonstration dieser Zeit stattfand. Er betont, dass die Verwaltung Gespräche mit dem Planungsbüro Lützwow 7 führe, das die heutige Gestaltung des Luisenplatzes vorgenommen haben (Realisierung 2001) und dem Vorhaben positiv gegenüberstehen.

Die Prüfung des Vorhabens seitens der Verwaltung mit dem Planungsbüro lege eine öffentliche Ausschreibung für ein (Flächen-)denkmal zur Qualitätssicherung nahe. Dazu sei eine Jury zu bilden und seien die anfallenden Kosten zu klären.

Die laut Beschluss vorgesehene Gründung einer Arbeitsgruppe aus Vertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren erfolge derzeit vor allem unter Einbeziehung der Unteren Denkmalschutzbehörde, da der Luisenplatz in der Denkmalliste Brandenburgs geführt werde. Da die Initiatorin des Projektes, Frau Heike Roth, nicht anwesend ist, könne auch nicht über die bürgerschaftliche Beteiligung (inkl. Spendenakquise) für das Projekt berichtet werden. Herr Büloff unterstreicht die Notwendigkeit und Bedeutung einer breiten bürgerschaftlichen (partizipatorischen und finanziellen) Unterstützung für das Projekt bzw. für einen positiven Prüfbescheid.

zu 4.2 **RWK Landeshauptstadt Potsdam - Statusbericht April 2016 Vorlage: 16/SVV/0305**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 **Sonstiges**

Bezug nehmend auf die an die Fraktionen ausgereichte **Stellungnahme zum Antrag auf Einberufung einer Einwohnerversammlung** betont Herr Dr. Scharfenberg, dass die darin enthaltene Positionierung der Stadtverwaltung angezweifelt werde. Er schlägt vor, die Kommunalaufsicht um eine Stellungnahme zu bitten und dann darüber zu diskutieren, wie die Hauptsatzung diesbezüglich auszulegen sei. Darüber hinaus sei der letzte Absatz des Punktes 1 hinsichtlich der Abstimmung über die Einwohnerversammlung unrichtig bzw. missverständlich und sollte korrigiert werden.

Der Oberbürgermeister stimmt der Aussage, dass hier die Verwaltung und einzelne Fraktionen die Hauptsatzung unterschiedlich interpretieren, zu. Neben der Bitte an die Kommunalaufsicht, sollten sich auch die Verwaltung/Politik „hinsetzen und prüfen, was man wolle“ und dabei das Prüfergebnis der Kommunalaufsicht berücksichtigen.

Auf die Nachfrage von Herrn Szilleweit bezüglich der **Spendenmittel für die Garnisonkirche** entgegnet der Oberbürgermeister, dass er bereits in der letzten Sitzung darauf verwiesen habe, dies nicht selbst, sondern vom Kuratorium aufklären lassen zu wollen.

Er werde eine diesbezügliche Einladung für die Hauptausschusssitzung am 13. Juli 2016 aussprechen.